



„Nationalismus ist keine Lösung“

Der frühere österreichische Vizekanzler Dr. Hannes Androsch über Lösungen aus der europäischen Krise

„Nur gemeinsam ist Europa stark“ – das zunächst allgemein klingende Thema seines Vortrags gestaltete der ehemalige österreichische Vizekanzler Dr. Hannes Androsch mit einer scharfen Analyse der gegenwärtigen Lage und konkreten Vorschlägen zur Lösung der Krise aus.

VON WOLFGANG RÜDELL

Bad Homburg. Über Wege aus der Krise der Europäischen Union ist mehr als genug geredet worden. Jetzt gilt es zu handeln. Das Gebot der Stunde kann nicht lauten: „Yes We Can“, sondern vielmehr „Yes We Do“. Diese Worte stammen von Dr. Hannes Androsch, dem österreichischen Elder Statesman bei seinem Vortrag im Rahmen der Reihe „Europa Dialoge“ des Forschungskollegs Humanwissenschaften und

des Deutsch-Französischen Instituts für Geschichts- und Sozialwissenschaften.

Der Referent war von 1970 bis 1981 Finanzminister im Kabinett und Vize-Kanzler (1976–1981) von Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ). Von 1981 bis 1988 war er Generaldirektor der damals staatlichen Creditanstalt. Heute ist der 78-jährige vielfältig gesellschafts-, wirtschafts- und wissenschaftspolitisch tätig.

Europäische Integration

Der sozialdemokratische Politiker erinnerte an die Anfänge der europäischen Integration: an Winston Churchills Aufruf, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen (1946), an die Gründung der ersten europäischen Institutionen wie Montanunion (1951), Euratom und Europäische Wirtschaftsgemein-

schaft, EWG (1957), Europäische Gemeinschaften, EG (1967), die schließlich 1992 durch die Verträge von Maastricht in die heutige Europäische Union (EU) mündeten.

„Doch es gelang nicht, eine politische Union zu schaffen“, merkte der Politiker an. Der „ökonomische Riese“ sei „politisch nur ein Zwerg“ und „militärisch nur ein Wurm“ geblieben, beschrieb er mit den Worten des SPD-Politikers Egon Bahr das Defizit. Unter anderem fehle es „an einer gemeinsamen Sicherheits- und Außen- wie auch Asylpolitik“. Androsch vermisst eine abgestimmte Finanz- und Bankenunion ebenso wie eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Nach seiner Einschätzung ist auch die Sozialstaatlichkeit unterentwickelt, die ohne Transferleistungen nicht auskommen könne. Dieses Prinzip auf staatliche Ebene übertragen, sprach

er sich auch für einen Schuldenerlass gegenüber Griechenland aus.

„Rache der Geschichte“

Er erinnerte auch an die Hoffnungen, die 1989 mit dem Ende des „Kalten Krieges“ verbunden wurden. Statt einem „Ende der Geschichte“ sei heute die „Rückkehr“ oder gar „Rache der Geschichte“ zu beobachten: „Geopolitik und nationalistische Machtpolitik sind mit den unheilbringenden Geschwistern Krieg und Tyrannei, mit Angst und Schrecken, begleitet von Flüchtlingswellen und Migrationsströmen auf die Bühne der Weltpolitik zurückgekehrt.“ Angesichts des Zustroms von Flüchtlingen warnt er vor simplen Lösungsvorschlägen: „Die Errichtung von Stacheldrähten, der Bau von Wägenburgen oder Alpenfestungen wird das Problem nicht lösen können.“

Fehler sind seiner Einschätzung nach auch im Umgang mit Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion gemacht worden, besonders mit der NATO-Osterweiterung.

Für die Probleme Europas sei ein „Rückfall in nationalistische Abschottung“ keine Lösung, meinte er. Ebenso wenig sieht er einen Ausweg in einem regelgebundenen Staatenbund oder Zentralstaat. Er plädiert daher für einen föderativen Staat, für eine politischen Union mit gemeinsamer Sicherheits-, Außen- und Asylpolitik, einer koordinierten Finanz- und Wirtschaftspolitik und für ein Europa mit einem „Mindestmaß an balanciertem Ausgleich, auch in einer Transferunion“. Dies aber „geht nicht ohne Verzicht auf politische Souveränität und militärische Autonomie.“ Von Androsch ergänzt, gewinnt so Churchills Appell neue Aktualität.